

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

17. Dezember 1957

200/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Probst, Mark, Horn und Genossen
 an den Bundesminister für Justiz,
 betreffend die Beschlagnahme des Buches "50 Jahre erlebte Geschichte" von
 Bundesminister Oskar Helmer.

-.-.-.-

Die österreichische Öffentlichkeit erfuhr von der Beschlagnahme des Buches "50 Jahre erlebte Geschichte" von Bundesminister Oskar Helmer durch das Strafbezirksgericht Wien I. Der ehemalige kommunistische Leiter der Staatspolizei bis zum Jahre 1947, Dr. Heinrich Dürmayer, erklärte sich durch die folgenden Ausführungen in seiner Ehre gekränkt.

"Ein Attentat wird erfunden.

Zu den ständigen Beschwerden der Sowjetbehörden gehörte der Vorwurf an die österreichischen Sicherheitsbehörden, vor faschistischen Umtrieben zu wenig geschützt zu sein. Dieser Vorwurf wurde durch die Berichte der Dürmayer-Staatspolizei genährt, die unter anderem eines Tages "entdeckte", dass das von der Roten Armee errichtete Siegesdenkmal auf dem Wiener Schwarzenbergplatz in die Luft gesprengt werden solle. Sofort angestellte Erhebungen, die durch Sektionsrat Dr. Mayer geführt wurden, ergaben nicht nur die Unstichhäftigkeit der Behauptung, sondern liessen deutlich erkennen, was mit dem gross aufgezogenen Attentatsplan bezweckt werden solle: den unangenehm gewordenen Dr. Mayer loszuwerden und ein Eingreifen der Besatzungsmacht zu erzwingen. Als Dr. Dürmayer nach der erfolgten Überprüfung überführt wurde, die Attentats-Geschichte erfunden zu haben, machte er eine Eingabe an die Polizeidirektion, in der er als "unerträglich" ansah, "Dr. Mayer länger in seiner Abteilung zu belassen", und dass er (Dr. Dürmayer), wenn Dr. Mayer von der Staatspolizei nicht abgezogen werde, "gezwungen wäre, Dr. Mayer das Betreten der Amtsräume und jedwede Tätigkeit im Rahmen der staatspolizeilichen Abteilung zu untersagen."

Die demokratische Öffentlichkeit ist empört darüber, dass der Mann, dessen Entfernung erst den Aufbau einer rechtsstaatlichen Polizei ermöglichte, noch die Kühnheit besitzt, dieses Buch beschlagnahmen zu lassen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Hohen Hause die Gründe für die Beschlagnahme des Buches mitzuteilen?

-.-.-.-